



Céline Widmer

Nationalrätin

Präsidentin der Delegation für die Beziehungen zum Deutschen
Bundestag



Felix Schreiner

Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe
des Deutschen Bundestages

Gemeinsame Erklärung zu den Beziehungen Schweiz - Deutschland

der Präsidentin der Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag und des
Vorsitzenden der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe

anlässlich des Besuchs der deutschen Parlamentariergruppe in Bern vom 5. und 6. Dezember
2022.

Im Rahmen des ihnen zugewiesenen Mandats pflegen die beiden parlamentarischen
Delegationen der Schweizer Bundesversammlung und des Deutschen Bundestages einen
regelmässigen Austausch und tragen zu den freundschaftlichen Beziehungen zwischen der
Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland bei.

Wir, die Vorsitzenden dieser beiden Parlamentariergruppen, betonen, dass die Schweiz und
Deutschland vielfältige und intensive Beziehungen pflegen und durch eine gemeinsame
Sprache sowie durch einen regen wirtschaftlichen, kulturellen und zwischenmenschlichen
Austausch eng miteinander verbunden sind.

Die grenzüberschreitende Verflechtung von Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ist
stark und leistet einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Dynamik und zum Wohlstand
auf beiden Seiten der Grenze. Wir sind stolz, dass zwischen Bodensee und Rheinknie ein
gemeinsamer Wirtschafts- und Lebensraum entstanden ist, der hinsichtlich der Vernetzung, der
Wirtschaftskraft, der Innovation und Dynamik eine Spitzenposition in Europa einnimmt.

Grundstein für diese erfolgreiche Zusammenarbeit und den gegenseitigen Marktzugang sind
die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU). So kommt
das Warenhandelsvolumen zwischen der Schweiz und der EU im Jahr 2021 auf rund 266
Milliarden Schweizer Franken. Dabei sind zwischen der Schweiz und EU fast 375'000
Grenzgängerinnen und Grenzgänger zu verzeichnen, wobei zwischen Deutschland und der
Schweiz knapp 64'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger unterwegs sind. Dies bestärkt auch
die wichtige Rolle weiterer, zukunftsweisender Themen wie Mobilität, Energieversorgung sowie
eine nachhaltige Transformation. Als Mitglieder der Schweizer Bundesversammlung und des
Deutschen Bundestages setzen wir uns für eine gegenseitige Einbindung bei grossen
Infrastrukturprojekten und Projekten mit grenzüberschreitenden Umweltauswirkungen im
deutsch-schweizerischen Grenzraum und eine enge Kooperation auf der regionalen und
kommunalen Ebene ein.

Mit grosser Sorge stellen wir aber auch fest, dass mit dem Abbruch der Verhandlungen über ein
institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union offene
Fragen weiterhin ungeklärt bleiben. Die damit einhergehende Erosion des bilateralen Wegs
belastet die Beziehungen zwischen unseren Ländern. Wir stellen fest, dass die Folgen des
Verhandlungsabbruchs, insbesondere im deutsch-schweizerischen Grenzraum, bereits spürbar
sind.



Mit grossem Bedauern stellen wir fest, dass die offenen Fragen in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern zunehmend belasten und einen negativen Einfluss, insbesondere auf die grenzüberschreitende Kooperation in den Bereichen Wirtschaft und Forschung, haben. Die Herabstufung der Schweiz zu einem nicht-assoziierten Drittland im Rahmen des Forschungsprogramms «Horizon Europe» hemmt die so wichtige Zusammenarbeit in diesem Bereich spürbar. Wir sind überzeugt, dass die Zusammenarbeit und Vernetzung auf gesamteuropäischer Ebene einer der Schlüssel für die Fähigkeit Europas ist, sich im globalen Wettbewerb als Forschungs- und Innovationsstandort zu behaupten. Eine Vollasoziiierung der Schweiz an diesem Kooperationsprogramm wäre für die Menschen auf beiden Seiten der Grenze von grosser Bedeutung. Die Zusammenarbeit und Vernetzung auf gesamteuropäischer Ebene ist für uns zweifelsfrei der Schlüssel für die Fähigkeit Europas, sich im globalen Wettbewerb als Forschungs- und Innovationsstandort zu behaupten.

Neben der bislang so erfolgreichen Kooperation zwischen der Schweiz und der Europäischen Union in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Sicherheit, Energie und Forschung ist es auch das geteilte Wertesystem, das die beiden Partner in ihrer gegenseitigen Austauschbeziehung bestärkt. Angesichts des anhaltenden russischen Angriffskriegs in der Ukraine hat diese enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Monaten umso mehr an Bedeutung gewonnen. Ein geschlossenes Vorgehen Europas und die gemeinsame Bewältigung der Auswirkungen des russischen Angriffskriegs ist unsere erklärte Absicht.

Wir unterstützen die Bemühungen der Europäischen Kommission und der Schweizer Regierung, die laufenden Sondierungsgespräche fortzusetzen und zu intensivieren. Beide Seiten haben diese als konstruktiv und hilfreich für das gegenseitige Verständnis bewertet. Wir sind überzeugt, dass eine weitere Annäherung der Positionen dadurch erreicht werden kann. Die Verhandlungen über die offenen Fragen sollen rasch aufgenommen werden, so dass wir auf Grundlage robuster gemeinsamer Regeln gestärkt in die Zukunft schauen können. Als Mitglieder der Schweizer Bundesversammlung und des Deutschen Bundestages werden wir uns dafür einsetzen, diese Bemühungen nach Kräften zu unterstützen.
